

8. Forum der Migrantinnen und Migranten der Stadt Bern Tagungsbericht

Einleitung

Die Durchführung des 8. Forums der Migrantinnen und Migranten der Stadt Bern zum Thema Diskriminierung war als Massnahme im Aktionsplan gegen Rassismus vorgesehen (Massnahme 14). Bei der Erarbeitung des Aktionsplans war es nicht möglich, eine umfassende Zustandsanalyse betreffend Rassismus in der Stadt Bern vorzunehmen. Ziel des Forums war es deshalb, der Migrationsbevölkerung der Stadt Bern in Bezug auf die Verbreitung und die Erscheinungsformen von Diskriminierung den Puls zu nehmen. Es sollten Erfahrungen mit ethnisch-kultureller Diskriminierung und der Handlungsbedarf beschrieben werden. Ein weiteres Ziel des Forums war es, Lücken bei den Instrumenten und Massnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung auf lokaler Ebene zu erkennen. Auf diese Weise sollten wichtige Hinweise für die Umsetzung des aktuellen Aktionsplans gegen Rassismus und erste Anhaltspunkte für den zweiten Aktionsplan gegen Rassismus (ab 2013) gewonnen werden.



Etwa 140 Personen haben am Abend des 16. Septembers im Tagungszentrum Blumenberg über Diskriminierung diskutiert und ihre Anliegen gegenüber der Stadt formuliert.

Das Programm des Abends sah folgendermassen aus:

- 19.00 Empfang (Ursula Heitz, Leiterin des Kompetenzzentrums Integration)
Programm und weitere Informationen (Marianne Helfer, Fachspezialistin KI)
- 19.05 Begrüssung (Julieth Sellathurai, Präsidentin der Fachkommission für Integration)
- 19.10 Eröffnung (Gemeinderätin Edith Olibet, Direktorin für Bildung, Soziales und Sport)
- 19.20 Einstieg ins Thema: Film Rosa Rütli (MedienFalle Basel)
- 19.25 Überleitung zu den Diskussionsrunden (Marianne Helfer, Fachspezialistin KI)
- 19.30 **Diskussionsrunden**
- 21.10 Schlussrunde im Plenum: Präsentation der Resultate/Botschaften aus den Diskussionsrunden
- 21.30 Schlusswort (Marianne Helfer, Fachspezialistin KI)
- 21.35 Audiocatering – Stimmen der Teilnehmenden (MedienFalle Basel)
Abschluss: Film Rosa Rütli (MedienFalle Basel)
- 21.45 Apéro (Partyservice Ali Baba)

Die Teilnehmenden wurden durch die Präsidentin der Fachkommission für Integration, Juliet Sellathurai, begrüsst. Im Anschluss eröffnete Gemeinderätin Edith Olibet das Forum offiziell. In ihrer Ansprache zeigte die Direktorin für Bildung, Soziales und Sport diskriminierendem Verhalten die rote Karte: Diskriminierung grenze aus und behindere damit die Integration. Olibet versteht den Kampf gegen Diskriminierung deshalb als Teil der städtischen Integrationspolitik. Sie erinnerte daran, dass die Stadt Bern im Frühling der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus beigetreten ist



und einen Aktionsplan gegen Rassismus mit 37 Massnahmen verabschiedet hat.

In der darauffolgenden filmischen Einführung, die von der MedienFalle Basel realisiert wurde, äusserten sich Passantinnen und Passanten in der Stadt Bern zum Thema Diskriminierung und sorgten damit schon für einige Lacher und Seufzer. Derart eingestimmt begaben sich die Teilnehmenden in die Diskussionsrunden, welche wie immer den Schwerpunkt des Abends darstellten. In den Diskussionsrunden haben die Teilnehmenden das Wort und berichten von ihren Erfahrungen und formulieren Vorschläge und Forderungen zuhanden der Stadt. Nach den intensiven Diskussionen in den Gruppen wurden deren Resultate im Plenum vorgestellt. Mit dem Audiocatering (ebenfalls von der MedienFalle Basel realisiert) hatten die Teilnehmenden das letzte Wort. Während des ganzen Abends wurden Statements von Teilnehmenden gesammelt, die zum Abschluss abgespielt wurden. Das Apéro bot schliesslich Gelegenheit zum gegenseitigen Kennenlernen und Austausch.



Diskussionen und Resultate

In sechs Gruppen diskutierten die Teilnehmenden über folgende Punkte:

- Was passiert? (Erfahrungsebene)
- Wo drückt der Schuh? (Benennung der heiklen Punkte, Handlungsbedarf)
- Was muss getan werden? (Forderungen und Vorschläge)

Die Berichte der Teilnehmenden zeigten deutlich, dass Diskriminierungserfahrungen für Migrantinnen und Migranten zum Alltag gehören und sich nicht auf einen Lebensbereich beschränken oder an einem Merkmal festmachen lassen.

Als wichtige Diskriminierungsmerkmale wurden genannt:

- **Status:** Darunter fallen etwa Vermerke in Stellen- oder Wohnungsanzeigen, dass nur Schweizer/innen oder Personen mit C-Bewilligung erwünscht seien. Dieses Beispiel zeigt, dass der Aufenthaltsstatus den Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen (wie etwa Arbeit) regelt respektive verhindert. Deshalb wird die Kategorisierung der Ausländer/innen

mittels des Aufenthaltsstatus und die Zweiteilung von EU-Bürgern/-Bürgerinnen und Drittstaatenangehörigen als diskriminierend wahrgenommen.

- **Äusseres:** Viele der Teilnehmenden berichteten, Ablehnung aufgrund äusserer Merkmale wie Hautfarbe, Kopftuch, Turban usw. zu erfahren. Ebenfalls mehrmals erwähnt wurden willkürliche Polizeikontrollen aufgrund der Hautfarbe. Das Aussehen im Zusammenspiel mit Vorurteilen beeinflusst massgeblich die Art und Weise, wie Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Raum wahrgenommen und behandelt werden. Davor sind Migrantinnen und Migranten auch im Privatleben nicht gefeit (z.B. Ablehnung bei der Partner/innen-Suche).
- **Name:** Die Ausgrenzungserfahrungen aufgrund des Namens reichten von dummen Bemerkungen („das kann man ja nicht verstehen“) bis zu offensichtlicher Ablehnung bei Wohnungen oder einer Arbeitsstelle. Dies geht so weit, dass sich Personen dazu gezwungen sehen, den Namen zu ändern, was eine Leugnung der eigenen Identität bedeutet.
- **Sprache:** Mit Sprache ist die deutsche Sprache als Ausgrenzungsinstrument gemeint. So werden Migrantinnen und Migranten oft einfach geduzt und auf Tarzan-Deutsch (unkorrektes, vereinfachtes Deutsch) angesprochen. (Angeblich) ungenügende Deutschkenntnisse führen zu Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Schule. Am spürbarsten wird die sprachliche Ausgrenzung wenn etwa am Arbeitsplatz oder unter Bekannten ausschliesslich Schweizerdeutsch gesprochen wird, obwohl die betreffende Person Hochdeutsch, nicht aber Schweizerdeutsch, versteht. Durch die ausschliesslich deutsche schriftliche Kommunikation der Behörden ohne Hinweise auf Übersetzungshilfen werden fremdsprachigen Personen unter Umständen wichtige Informationen vorenthalten.
- **Religionszugehörigkeit:** Hierzu wurde insbesondere die Minarett-Initiative genannt. Daraus kann geschlossen werden, dass vor allem die propagandistische Thematisierung der Religionszugehörigkeit der öffentlichen politischen Ebene als diskriminierend wahrgenommen wird.



In folgenden Lebensbereichen sind Migrantinnen und Migranten besonders von Diskriminierung betroffen:

- **Arbeit und Ausbildung:** Grundsätzlich ist für Migrantinnen und Migranten der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert. Dies liegt nicht nur an der Nicht-Anerkennung von ausländischen Diplomen. Vielmehr wurde festgestellt, dass die Erfahrungen und Fähigkeiten von Migrantinnen und Migranten – egal ob im Aus- oder im Inland erworben – gar nicht erst wahrgenommen und deshalb auch nicht oder zu wenig berücksichtigt werden. Ebenfalls angeprangert wurde die Lohnungleichheit.
- **Wohnen:** Besonders brennend scheint die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt zu sein. Für Migrantinnen und Migranten ist der Zugang zu privatem Wohnraum offenbar massiv erschwert. Auch Vereine und Organisationen haben grosse Mühe, geeignete Räumlichkeiten zu finden. Beim Wohnen selber kämpfen Migrantinnen und Migranten mit Vorurteilen und Misstrauen. So wird ihnen in der Nachbarschaft häufig die Verantwortung für Lärm und Schmutz unterstellt und ihre Freiheiten eingeschränkt (z.B. Spielen im Garten). Schliesslich wurde das Problem der Ghettoisierung angesprochen, dessen Konsequenzen in der Schule ganz besonders spürbar werden.

- **Schule und Bildung:** Die Teilnehmenden stellten fest, dass die Kinder von Migrantinnen und Migranten nicht dieselben Bildungschancen haben wie Schweizer Kinder. Hierzu wurden unter anderem die Überbetonung der deutschen Sprachkompetenz und die Vernachlässigung der Muttersprache der Kinder genannt. Verurteilt wurde besonders auch, dass Eltern ihre Kinder nicht mehr in eine Schule bringen respektive aus dem Quartier ziehen, wenn dort der Ausländer/innen-Anteil eine gewisse Grösse erreicht hat (siehe oben Ghettoisierung).
- **Öffentlichkeit:** In den Medien, welche die öffentliche Meinung massgeblich prägen, sind Migrantinnen und Migranten entweder ungenügend oder negativ präsent. Es wurde auch erwähnt, dass ausländische Künstler/innen in der Öffentlichkeit weniger wahrgenommen und weniger unterstützt werden.
- **Behörden/Verwaltung/öffentliche Dienstleistungen:** In Bezug auf den Kontakt mit den Behörden wurden besonders (sprachliche) Kommunikationsschwierigkeiten angeführt. Aber auch die Erfahrung, nicht ernst genommen zu werden, oder dass Bedürfnisse nicht berücksichtigt werden (z.B. im Spital: Untersuchung von Frauen durch Frauen) wurde gemacht.
- **Politische Mitsprache:** Die Tatsache, dass Migrantinnen und Migranten auf Gemeindeebene nicht über das Stimm- und Wahlrecht verfügen, führt zum Ausschluss aus der politischen Debatte und behindert die Mitwirkung.
- **Sozialleben:** Unter dem Stichwort Sozialleben sind Freundschaften und Netzwerke zusammengefasst, zu denen für Migrantinnen und Migranten der Zugang erschwert zu sein scheint. Grundsätzlich fehlt es an Gelegenheiten und Räumen für die interkulturelle Begegnung. Auch willkürliche Einlassverweigerungen in Bars und Clubs wird unter diesem Punkt aufgeführt.

Anhand der oben aufgeführten Erfahrungen können folgende Schlüsse gezogen werden: Der Blick auf Migrantinnen und Migranten ist auf die Differenz gerichtet, während Gemeinsamkeiten und Fähigkeiten ausser Acht gelassen werden. Die Leistungen, Fähigkeiten und Erfahrungen von Migrantinnen und Migranten werden deshalb nicht anerkannt (Defizitorientierung). Vor diesem Hintergrund ist festzustellen, dass Diskriminierung ein Alltagsphänomen ist, das alle Lebensbereiche und alle Gesellschaftsgruppen betrifft. Hier ist anzufügen, dass auch unter Migrantinnen und Migranten Diskriminierung stattfindet – dies wurde in den Diskussionen immer wieder betont. Es handelt sich nicht einfach um ein unilaterales Verhalten von Einheimischen gegenüber Zugewanderten.

Die aufgrund von Diskriminierungen erfahrene Ausgrenzung führt bei den Betroffenen zu Orientierungslosigkeit und Identitätskonflikten. Diskriminierung verhindert damit die persönliche Entfaltung und letztlich die Integration. (→ schematische Darstellung der Erfahrungen, Lebensbereiche und Schlussfolgerungen siehe Anhang 1)

Wie in den Erfahrungsberichten, spielen auch bei den **Forderungen** die Bereiche Arbeit und Ausbildung, Wohnen sowie Schule und Bildung eine herausragende Rolle:

- **Arbeit und Ausbildung:** die Forderungen drehen sich vor allem um die Erleichterung des Zugangs zum Arbeitsmarkt, respektive zu Stellen, die den Fähigkeiten entsprechen (Anerkennung von Diplomen, Kompetenzen, Erfahrungen). Dabei wird nicht nur der Handlungsbedarf bei der Stadtverwaltung (mehr ausländisches Personal), sondern auch in der Privatwirtschaft betont.
- **Wohnen:** Um den Zugang zu privatem Wohnraum zu erleichtern, wurde die Einrichtung einer Beratungs- und Vermittlungsstelle für Personen auf Wohnungssuche gefordert. Gleichzeitig sollten Verwaltungen und Eigentümer/innen sensibilisiert werden. Um der Ghettoisierung entgegenzuwirken wird eine vorausschauende Stadtplanung zur Durchmischung der Quartiere verlangt.

- **Schule und Bildung:** Eine wiederholte Forderung ist die Durchmischung der Klassen, z.B. mittels Einführung einer Quote. Ansonsten drehen sich die Forderungen in diesem Bereich vor allem um die Sprache: So soll nicht ausschliesslich die Deutsch-Kompetenz die Bildungschancen der Kinder bestimmen, und die Kompetenzen in der Muttersprache sollen besser berücksichtigt und der entsprechende Unterricht in die Volksschule integriert werden.
 - **Öffentlichkeit:** Mittels Kampagnen soll die Öffentlichkeit für Fragen von Rassismus und Diskriminierung sensibilisiert werden. Dazu gehört auch, dass Betroffene ermutigt werden sollen, ihre Erfahrungen und Diskriminierungsfälle zu melden und öffentlich zu machen.
 - **Behörden und Verwaltung:** Auch hier drehen sich die Forderungen in erster Linie um die Sprache. So soll das Personal vor allem in Bezug auf die Verwendung des Hochdeutschen sensibilisiert werden und schriftliche Informationen vermehrt visualisiert (Piktogramme, DVD etc.) und mit fremdsprachigen Hinweisen ergänzt werden.
 - **Politische Mitsprache:** In Bezug auf die politische Mitsprache ist die Forderung klar – Einführung des Wahl- und Stimmrechts für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene.
 - **Sozialleben:** Um Vorurteilen entgegenzuwirken wurden wiederholt Räume für interkulturelle Begegnungen gefordert (Feste, Veranstaltungen, Märkte etc.). Ausserdem wurde ein Götti-System vorgeschlagen, um besonders Jugendliche bei ihrer Integration und auf ihrem Weg in die Erwachsenenwelt zu unterstützen. Ebenfalls gefordert wurde ein konsequentes Vorgehen bei Einlassverweigerungen bei Bars und Clubs.
- (→ ausführliche und schematische Darstellung der Forderungen siehe Anhang 2)

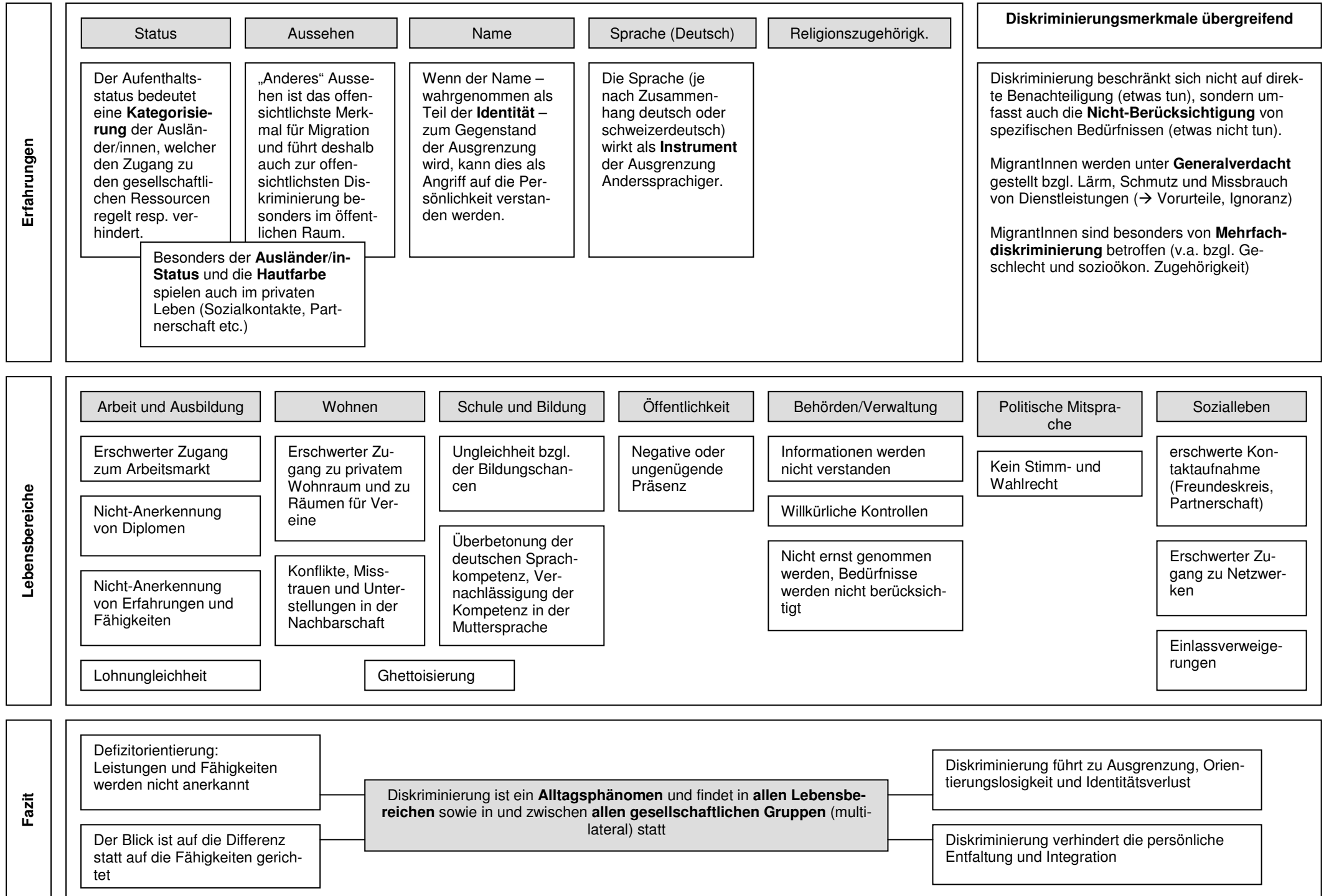
Fazit und Ausblick

Es hat sich herausgestellt, dass viele der am Forum geäusserten Anliegen tatsächlich bereits als Massnahmen im Aktionsplan gegen Rassismus vorgesehen sind und bis 2013 umgesetzt werden. Das bedeutet, dass im Aktionsplan offensichtlich die richtigen Schwerpunkte gesetzt wurden. Die zusätzlichen Stimmen und Erfahrungen, die am Forum gesammelt wurden, dienen nun zur Konkretisierung der einzelnen Aktionsplan-Massnahmen.

Im Bereich Arbeit und Ausbildung etwa zielen verschiedene Massnahmen darauf ab, verwaltungsintern und -extern für Diversität als Ressource zu sensibilisieren (Massnahmen 17, 19, 24). Im Bereich Wohnen wird geprüft, ob eine Stelle zur Unterstützung von Personen auf Wohnungssuche geschaffen wird (26). Ausserdem sollen Empfehlungen zuhanden der städtischen Liegenschaftsverwaltung und Privatunternehmen erarbeitet (25) sowie der Hauseigentümerverband sensibilisiert werden (27). Der Aktionsplan sieht verschiedene verwaltungsinterne und -externe Sensibilisierungsmassnahmen in Form von Kampagnen oder Aktionen vor (2, 5, 6, 8, 12, 13). Und schliesslich sollen für die Stadt tätige Sicherheitsfirmen sich verpflichten, diskriminierende Praktiken (z.B. bei Einlass in Clubs und Bars) zu verhindern und ihr Personal entsprechend zu schulen (3). Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus, das ggdfon und die Orts- und Gewerbe Polizei der Stadt Bern haben bereits eine Checkliste und ein Merkblatt bezüglich diskriminierender Einlassverweigerungen erarbeitet und die Gastbetriebe in der Stadt Bern informiert (35, 36). (→ schematische Darstellung der Forderungen der Massnahmen des Aktionsplans siehe Anhang 3).

Andere am Forum genannte Forderungen fliessen in den nächsten Monaten in die Arbeit des Kompetenzzentrums Integration ein und wo nötig, wird die Entwicklung spezifischer Projekte an die Hand genommen.

Anhang 1: Erfahrungen



Anhang 2: Forderungen und Vorschläge

Arbeit und Ausbildung	Wohnen	Schule und Bildung	Öffentlichkeit	Behörden/Verwaltung	Politische Mitsprache	Sozialleben
Anerkennung von Erfahrungen, Kompetenzen, Motivation: z.B. mittels Eignungsprüfung	Einrichtung einer Beratungs- und Vermittlungsstelle für Personen auf Wohnungssuche	Integration des Muttersprache-Unterrichts in die Volksschule (kostenlos, HSK-Lehrpersonen als Teil des ordentlichen Lehrkörpers)	Sensibilisierungskampagnen gegen Rassismus und Diskriminierung	Weiterbildung und Sensibilisierung des Personals zum Umgang mit MigrantInnen bes. in Bezug auf die Sprache (Hochdeutsch): Schule, Ämter, Sitzungen, Veranstaltungen usw.	Einführung des Stimm- und Wahlrechts auf Gemeindeebene	Schnellerer Zugang zu den Religionsgemeinschaften
Einsatz der Stadt auf Bundesebene für die Anerkennung ausländischer Diplome	Sensibilisierung von Verwaltungen und Eigentümern (auch städtische Liegenschaften) (z.B. Merkblätter)	MigrantInnen-Vetretung in der Schulkommission: z.B. mittels Einführung einer Quote (mind. 1 Person mit Migr.hintergrund pro Kommission)	Aktionsplan gegen Rassismus bekannt machen	Informationen der Stadtverwaltung: Visualisieren der Informationsinhalte und fremdsprachige Hinweise (Thema, verantwortliche Stelle, Übersetzungsangebote)		Vorgehen gegen Einlassverweigerungen in Bars und Clubs
Mehr ausländisches Personal in der Stadtverwaltung: z.B. mittels Einführung einer Quote	Schulung und Information von MigrantInnen betr. Wohnungssuche und -bewerbung	Durchmischung der Klassen, z.B. mittels Einführung von Quoten	Positive Präsenz von MigrantInnen in den Medien fördern	Bessere Informationen bzgl. Ausländergesetzgebung	Räume für interkulturelle Begegnungen schaffen (Feste, Veranstaltungen usw.)	Räume für interkulturelle Begegnungen schaffen (Feste, Veranstaltungen usw.)
Unterstützungsangebote für die Stellen- und Lehrstellensuche: z.B. Schulung betr. Bewerbung, Praktikumsplätze	Unterstützung von Vereinen bei der Suche von Räumlichkeiten	Keine Reduktion der Integration auf Deutsch-Kompetenz sowie Respektieren der Muttersprache	Sensibilisierung, um Mut zu machen, Erfahrungen und Fälle zu melden zu thematisieren	Paten-System (persönliche Begleitung, bes. von Jugendlichen)	Paten-System (persönliche Begleitung, bes. von Jugendlichen)	
MigrantInnen in der Privatwirtschaft (Anstellung, Lehrstellen, Praktika): Sensibilisierung, Anreiz-System schaffen	Stadtplanung: Politik der Durchmischung von Quartieren u.a. mittels Schaffung von günstigem Wohnraum in allen Quartieren	Deutschkursangebot, das sich an den praktischen Lebenslagen orientiert	Sensibilisierung von jugendlichen Männern für den Umgang mit jungen Frauen	Sensibilisierung von jugendlichen Männern für den Umgang mit jungen Frauen		
Lohnleichheit durchsetzen						
Zugang zu Bildung (auch Nachholbildung) verbessern						

Anhang 3: Forderungen und Vorschläge sowie Massnahmen Aktionsplan

